



# Aktuell

Ausgabe Dezember 2024

## Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte

In der letzten Ausgabe Personalrat Aktuell wurde über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof zu Überstundenzuschlägen bei Teilzeitarbeit berichtet.

Zwischenzeitlich hat auch das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt hierzu in einem Grundsatzurteil (8 AZR 370/20) entschieden, dass Teilzeitbeschäftigte bei Überstundenzuschlägen nicht mehr schlechter behandelt werden dürfen als Vollzeitbeschäftigte.

Gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen demnach tarifliche Vorgaben, gemäß denen Beschäftigte in Teilzeit erst Zuschläge erhalten, wenn sie mit den erbrachten Überstunden die Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten überschreiten. Geklagt hatte eine Krankenpflegerin im Geltungsbereich einer solchen tariflichen Regelung.

Das BAG sah zudem die mittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, da in Deutschland vorwiegend Frauen in Teilzeit tätig und somit von

derartigen Vorgaben stärker benachteiligt werden: Zusätzlich zur Zahlung entsprechender Überstundenzuschläge wurde auch eine Entschädigungszahlung an die Klägerin wegen des Verstoßes gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) angeordnet.

Der Personalrat empfiehlt Ihnen weiterhin Ihre Ansprüche gegenüber der MHH geltend zu machen. Die entsprechenden Vordrucke finden Sie im Sharepoint-Bereich des Personalrats.

## Veränderungen im Personalrat

Stefan Czajkowski hat die MHH verlassen und ist somit auch nicht mehr Mitglied des Personalrats. Für ihn rückt Andreas Amendt nach. Andreas arbeitet seit 1991 in der MHH, bis 2013 war er als Gesundheits- und Krankenpfleger mit Fachweiterbildung tätig. Er wechselte dann in die Stabstelle Arbeitssicherheit und Nachhaltigkeit und betreut dort nun schwerpunktmäßig die klinischen Bereiche sowie die Sicherheitsbeauftragungen und Unfallbearbeitungen. Ersatzmitglied des Personalrats war er seit 2016 und ist nun ordentliches Mitglied seit dem 1.12.2024. Herzlich willkommen, lieber Andreas!



Stefan Czajkowski



Andreas Amendt



## Kündigung des Jobtickets an der MHH

Die MHH-Beschäftigten und der Personalrat wurden in der 47. KW informiert, dass die MHH das Jobticket zum 31.12.2024 gekündigt hat. Begründet wird dies einerseits mit der aktuellen Preisentwicklung und andererseits damit, dass der MHH keine Einzelfallgenehmigung des Finanzministeriums vorliegt, die eine finanzielle Unterstützung des Jobtickets als übertarifliche Leistung ermöglichen würde.

Diese Information hat eine Welle der Entrüstung auf dem Campus ausgelöst. Auch der Personalrat erhält zahlreiche Rückmeldungen und Anfragen von Beschäftigten.

Die Gremiumsmitglieder halten die Abschaffung des Jobtickets für einen großen Rückschritt hinsichtlich der Attraktivität der MHH als Arbeitgeberin im Wettbewerb um Fachkräfte. Die Verantwortlichen der niedersächsischen Landespolitik torpedieren damit zudem die Bestrebungen zur Stärkung des ÖPNV und der ökologischen Nachhaltigkeit. Bereits vor Kenntnis der geplanten Kündigung des Jobtickets hatte der Personalrat beim Präsidium eine schriftliche Stellungnahme zur Umsetzung der Dienstvereinbarung „zur Mobilität an der MHH“ eingefordert, deren Bestandteil u.a. auch das Jobticket ist. Im Antwortschreiben des Präsidiums vom 19.11. wird zum Thema Jobticket erläutert, dass aufgrund einer „eindeutigen Klarstellung“ des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) vom 31.1.2024 die MHH gezwungen ist, das Angebot einzustellen. In diesem Schreiben wird außerdem der Paragraph zum Jobticket der weiterhin gültigen Dienstvereinbarung Mobilität aufgekündigt und es wird in Aussicht gestellt, dass man



zur Verhandlung einer Alternativlösung „zeitnah“ auf den Personalrat zukommen wird.

arbeit zwischen Präsidium und Personalrat an diesem Thema vereinbart.

Das Gremium war äußerst irritiert darüber, dass die Kündigung des Jobtickets kurzfristig sechs Wochen vor Jahresende bekanntgegeben und mit einer Klarstellung des MWK aus dem Januar begründet wurde. Der Beginn einer Verhandlungsfortsetzung dieser Dienstvereinbarung zu anderen Regelungen bzgl. der ÖPNV-Vergünstigung hätte aus Sicht des Gremiums eher erfolgen können und nicht erst in einer vom Personalrat initiierten Stellungnahme angekündigt werden sollen. Hierzu hat das Präsidium nun in einem Gespräch deutlich gemacht, dass es erst im Mai über die genannte Klarstellung des MWK in Kenntnis gesetzt wurde. In diesem Gespräch wurde auch eine engere Zusammen-

Der Personalrat hat bereits Kontakt mit Minister Mohrs (MWK) und anderen Akteuren der Landespolitik aufgenommen um vergleichbare Angebotsoptionen im Sinne der MHH-Beschäftigten zu initiieren. Nach konstruktiven Gesprächen wurde nun mitgeteilt, dass keine kurzfristige Lösung für die Landesbediensteten gesehen wird. Es wurde jedoch zugesichert, in der Tarifgemeinschaft der Länder darauf zu drängen, dass die Möglichkeit für die Mitfinanzierung eines Jobtickets in die nächsten Tarifverhandlungen eingebracht wird. Dabei wird auch an ein 365,- Euro Ticket gedacht, so wie es schon in der Region Hannover angeboten wird.



## Sprechzeiten des Personalrats

Montag & Dienstag	10:00 -16:00 Uhr
Mittwoch	13:00 -16:00 Uhr
Donnerstag	14:00 -16:00 Uhr
Freitag	10:00 -15:00 Uhr

Termine außerhalb der o.g. Zeiten sind nach Vereinbarung möglich. Eine vorherige telefonische Terminabsprache ist in jedem Fall zweckmäßig. Telefon im Sekretariat: 532-2661. Sie finden uns im Haus E (Gebäude K 23) in der 1. Etage

## Dienstvereinbarung Mobilität

Die vom Personalrat eingeforderte schriftliche Stellungnahme des Präsidiums zur Umsetzung der Dienstvereinbarung umfasste neben den Informationen zum Jobticket noch weitere Inhalte. Das Präsidium hat in diesem Schreiben zunächst deutlich gemacht, dass es grundsätzlich zu den verhandelten Vereinbarungen zur DV Mobilität stünde, jedoch bereits bei den Verhandlungen allen Seiten bekannt gewesen sei, dass einzelne Punkte nur schwer bzw. zu späteren Zeitpunkten umgesetzt werden können.

Zu den Fahrradstellplätzen auf dem Campus wurde mitgeteilt, dass nach Kenntnis der MHH insgesamt genug Stellplätze vorhanden seien, allerdings der Trend bestehe, die Fahrräder einsatznah abzustellen, unabhängig von den dortigen konkreten Gegebenheiten. In der ertüchtigten Fahrradgarage können diese wettergeschützt untergebracht werden. Bezüglich der E-Fahrräder wurde geschildert, dass hierfür noch keine Lösung gemäß den Erwartungen des Personalrats gefunden werden konnte, dies wurde mit brandschutzrechtlichen Vorgaben begründet.

Zur Fahrradwerkstatt schrieb das Präsidium, dass die Kooperation mit dem gewünschten Vertragspartner nicht zustande kam, da die Vorstellungen zu weit auseinander lägen. Auch Alternativen mussten verworfen werden, weshalb die Umsetzung dieser Idee zum jetzigen Zeitpunkt als nicht realisierbar eingeschätzt werde. Das Präsidium zeigt sich aber gern bereit zur Kontaktaufnahme, falls mögliche Anbieter empfohlen werden.

Im Gegensatz hierzu wurde erfreulicherweise ein Kooperationspartner zum Dienstradleasing gefunden, wie in der letzten Ausgabe Personalrat Aktuell berichtet wurde. Das Präsidium teilte hierzu mit, dass es mit einer zeitnahen Vergabe der ersten Diensträder rechne.

Die Vorgaben zur E-Mobilität werden durch die vorhandene Ladestation für E-Autos als bereits erfüllt betrachtet. Bezüglich der Lade-Infrastruktur für E-Fahrräder und E-Roller verweist das Präsidium auf die bereits in den Verhandlungen bekannte Erfordernis von Aufwand und externen Vertragspartnern und sichert Informationen zu, sobald diese Voraussetzungen erfüllt seien.

Zu den Vorgaben für Dienstreisen ist dem Schreiben zu entnehmen, dass diese von einem Reisebüro geprüft werden sollen, diese Aufgabe sei momentan ausgeschrieben.

Barrierefreiheit werde aus Sicht des Präsidiums bei aktuellen Bauvorhaben regelmäßig beachtet.

Der Personalrat hat zu einzelnen Antworten dieser Stellungnahme weiteren Klärungsbedarf und wird dies im Rahmen des Quartalstermins mit dem Präsidium erörtern.

# Umsetzung der Entlastungsvereinbarung

Den Personalrat erreicht die Botschaft, dass es zunehmend Unstimmigkeiten darüber gibt, wie die Entlastungsvereinbarung (EVE) umzusetzen ist. Die Vereinbarung wurde in den letzten Monaten zwischen der Gewerkschaft Verdi, dem Präsidium der MHH und dem Land Niedersachsen für etliche Bereiche der Krankenversorgung verhandelt. Sie gilt ab 01.01.2025. Die Leitungen der Stationen, Institute und Abteilungen haben noch immer keine offiziellen Anweisungen erhalten, wie sie mit den vereinbarten Inhalten umgehen sollen.

Fakt ist: Es gibt ein von beiden Verhandlungspartnern unterschriebenes Eckpunktepapier, welches von den zuständigen Ministerien geprüft und nach wenigen Korrekturen für gut befunden wurde. Das kann also schon eine Handlungsbasis für alle sein. Bis zur Fertigstellung dieser Ausgabe Personalrat Aktuell waren die Redaktionsverhandlungen zur EVE noch nicht abgeschlossen. Uns erreichen Rückmeldungen, dass diese nicht ganz reibungsfrei verlaufen.

In den Kliniken und Instituten wird indes gerätselt, wie die Belastungspunkte dokumentiert

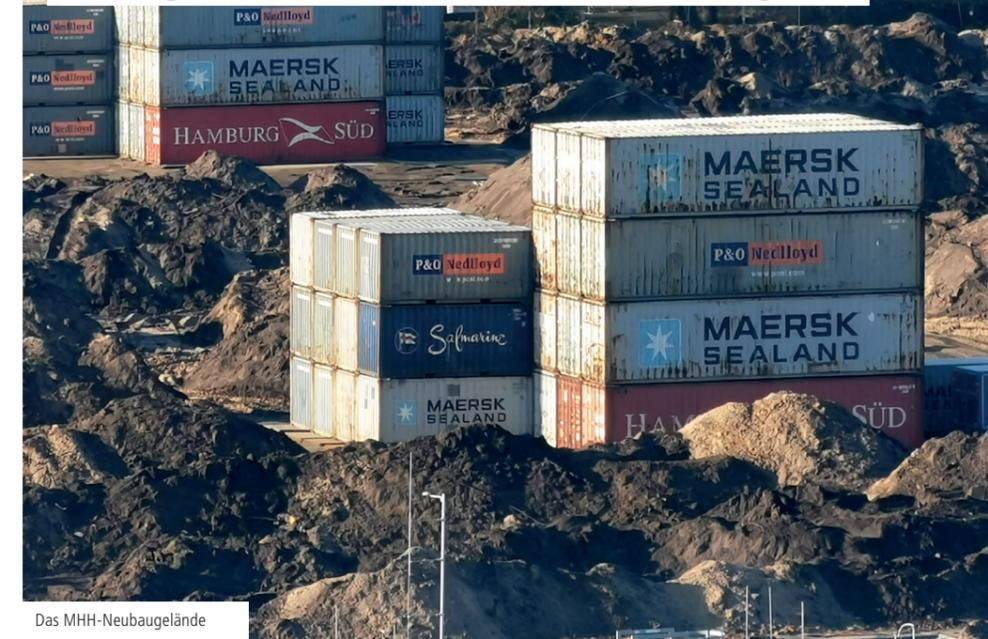
werden sollen. Der Personalrat empfiehlt, dass Beschäftigte ihre Ansprüche eigenständig dokumentieren (notfalls auf Papier), dies von der Leitung abzeichnen lassen und diese Dokumentation selbst ans Personalmanagement schicken, um damit die Ansprüche geltend zu machen. Dieses Vorgehen ist nicht mit dem Personalmanagement besprochen.

Unsicherheiten bestehen auch bezüglich der Urlaubsplanung: An dieser Stelle hilft der Blick in die Dienstvereinbarung. Der PR plädiert eindringlich, den Urlaub so wie immer zu planen. Es wird nicht zu vermeiden sein, dass Belastungspunkte entstehen, da kaum mehr Personal an Bord sein wird zu Jahresbeginn. Die MHH sollte endlich beginnen, mit der Entlastungsvereinbarung in Stellenausschreibungen etc. zu werben.

Es war klar, dass die Umsetzung der EVE schwierig sein wird, gerade zum Start. Der Personalrat appelliert an alle Beteiligten, den Vertrag als Chance zu sehen, mehr Personal zu gewinnen und damit Entspannung in allen Bereichen herbeizuführen. Dafür braucht es das konstruktive Miteinander aller Beteiligten!



## Die Kampfmittelräumung – Ein ganz besonderes Ereignis



Das MHH-Neubaugelände

Der 30.11.24 geht in die MHH-Geschichte ein als ein ganz besonderes und lang vorbereitetes Ereignis.

Über alle wichtigen Informationen zur Kampfmittelräumung wurde bereits vielfältig im Intranet und den öffentlichen Medien berichtet. Der Tag ist innerhalb und außerhalb der MHH ohne größere Komplikationen gelaufen. Es legte sich ab 10 Uhr eine gespannte Ruhe über den Sperrbereich rund um unsere Uniklinik.

Die Krankenhaus-Einsatzleitung (KEL) bestand an diesem Tag aus Prof. Frank Lammert (Vizepräsident Krankenversorgung), Dr. Bastian Ringe als Koordinator INKM mit Ulrike Buchwald und Inka Burow sowie allen Leitungen der Geschäftsbereiche, die für die Abwicklung der Kampfmittelräumung erforderlich waren. Auch die Geschäftsführung Pflege (GP) und der Personalrat (PR) waren vertreten.

Personalrat und Geschäftsführung Pflege sind gemeinsam über die Stationen des Bettenhauses gegangen, um vor Ort die Stimmung einzufangen, Kritik aufzunehmen, ggf. Probleme zu lösen und vom Stand der Dinge zur Kampfmittelräumung zu berichten.

In der MHH lief bis zum Nachmittag auf den Stationen nahezu „Normalbetrieb“ (in dem Sinne, dass aktuell nach wie vor viele Betten aus bekannten Gründen gesperrt werden müssen). Im Laufe des

Morgens waren beide Schichten - Früh- und Spätschicht - anwesend. Die Beschäftigten hatten sich in den meisten Fällen dazu entschieden, zusammen zu arbeiten und gemeinsam eine Pause zu machen. „Endlich mal in Ruhe arbeiten“ - So sah es zumindest vielfach aus. Natürlich ging es auch darum, Kräfte zu sparen, da niemand wissen konnte, wie lange der Dienst an diesem Tag dauern würde.

„Wenn wir immer eine so gute Besetzung hätten, wäre unser Beruf wirklich attraktiv! Wir könnten unseren wichtigen Tätigkeiten umfänglich nachkommen und nicht nur im Galopp!“ erklärte uns eine Kollegin auf Station.

Das Gleiche galt natürlich auch für alle anderen Bereiche, in denen an diesem besonderen Tag gearbeitet werden musste. Nicht nur in der Krankenversorgung. Auch die IT war beispielsweise vertreten. Einige haben ihren Dienst früher als üblich angetreten und die MHH bereits um 10 Uhr wieder verlassen (z.B. aus den Bereichen Küche, Labore, Verwaltung). GP und PR haben leider nicht alle Bereiche besucht, da die Bombe bereits am frühen Nachmittag entschärft und der Zünder gesprengt werden konnte und die MHH den Normalbetrieb aufnahm.

Was aus Personalratssicht noch zu sagen wäre:

- Gut, dass wir in der Vorbereitungsgruppe (Planungs- und Koordinierungsstab MHH-Schutz-



Karol Martens (Geschäftsführung Pflege) und Jutta Ullrich (Personalrat) auf dem Weg zu den Stationen



konzept) durchsetzen konnten, dass eine Ikone für den Rufdienst gesetzt werden konnte. So bekommen die Beschäftigten für ihr Engagement eine kleine monetäre Entschädigung.

- Gut, dass in der langen Vorplanung offensichtlich alles bedacht wurde!
- Nicht gut war die hohe Zahl der belegten Betten und damit die weitgehend normale Besetzung der Dienste. Der Personalrat war davon ausgegangen, dass mehr Patient\_innen die MHH verlassen würden, weil dies zu Planungsbeginn so kommuniziert wurde. Einwände des Personalrats bzgl. der Bettenreduzierung wurden nicht umgesetzt.
- Nicht gut, dass zum Zeitpunkt der Dienstplanung die Rahmenbedingungen noch nicht genau bekannt waren. Daraus resultierten im weiteren Verlauf z.B. einige Rücknahmen der Freiwilligkeit, Unklarheiten bis kurz vorher, wer tatsächlich gebraucht wird sowie Frühdienstplanungen nach langer Anwesenheit für den Folgetag.

Es ist ja alles gut gegangen. Dank der Einsatzkräfte der Gefahrenabwehrbehörde der Feuerwehr, der Polizei und des Kampfmittel-Beseitigungs-Dienstes. Und an alle MHH-Beschäftigten ein ganz besonderer Dank für den reibungslosen und konzentrierten Einsatz! Ohne euch wäre das nicht so gut gelaufen! Ihr wisst, wann es drauf ankommt!